

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Alltägliche Verharmlosung

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen

für den Schwerpunkt „Alltägliche Verharmlosung“ von rechten Aktivitäten und rassistischer Gewalt hatten wir uns schon vor der Fußballweltmeisterschaft entschieden. Denn allen Berichten über die friedlichen Spiele, Fans und Partys zum Trotz gingen auch während der Fußballweltmeisterschaft rechte Gewalttaten und Aktivitäten weiter.

Auffällig ist dabei, dass es in Brennpunktregionen neonazistischer Aktivitäten wie Quedlinburg, Stendal und Magdeburg zu gewalttätigen Angriffen auf italienische bzw. ausländische Restaurants nach der Niederlage des deutschen Teams gegen die italienische Mannschaft im Halbfinale kam. Auch ansonsten hielten sich Rechte nicht zurück: In Halle wurde ein Eritreer, der im Stadtteil Halle-Heide gemeinsam mit Bekannten das Endspiel an einem Dönerimbiss anschauen wollte, von zwei bekannten Neonazis zunächst eine halbe Stunde lang rassistisch angepöbelt und beleidigt. Nach vergeblichen Interventionsversuchen von anderen ImbissbesucherInnen wollte der

Betroffene schließlich den Schauplatz verlassen, als einer der Neonazis plötzlich eine Bierflasche zerschlug und mit dem abgebrochenen Flaschenhals auf den Eritreer einschlug. Der Mann erlitt eine massiv blutende Halsverletzung und Hämatome am ganzen Körper. In einer ersten Pressemitteilung der Polizeidirektion Halle wurde der rassistische Hintergrund des Angriffs schlichtweg verschwiegen.

Welche Konsequenzen die Verharmlosung rechtsextremer Aktivitäten haben kann, beobachtet die Mobile Opferberatung schon seit mehreren Jahren im Landkreis Schönebeck, der zuletzt durch die öffentliche Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank und einer US-amerikanischen Flagge bei einer Sonnenwendfeier im Dorfgemeinschaftshaus Pretzien am 24. Juni für überregionale Schlagzeilen sorgte. Die Entwicklung in der Region zeigt, wie weit die Verankerung rechtsextremer Aktivitäten in der Alltagskultur bereits fortgeschritten ist. Und die Tatsache, dass man in Pretzien

den Mitgliedern des Vereins „Heimat Bund Ostelbien“ ausgerechnet die Pflege der Dorfchronik und des „altgermanischen Brauchtums“ überlassen hat, sagt viel aus über die Integrationsfähigkeit der extremen Rechten, die Integrationsbereitschaft der Bevölkerungsmehrheit in einem überschaubaren dörflichen oder kommunalen Mikrokosmos und über die Anschlussfähigkeit extrem rechter Einstellungen.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat eine demonstrative Lesung aus den Tagebüchern der Anne Frank von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) und anderen Prominenten an einer Schönebecker Schule dann auch als „Alibiveranstaltung“ kritisiert. Weitere rechtsextremistische Vorfälle seien absehbar, so Dieter Graumann, Vize-Vorsitzender des Zentralrats, und forderte einen landesweiten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus. Bis es dazu kommt, benötigen die Opfer rechter Gewalttaten in Sachsen-Anhalt mehr denn je Ihre Unterstützung und Solidarität. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Funk: 0170/2 92 53 61
opferberatung.md@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Salzwedel

Am Hafen 11a; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Funk: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Halberstadt

c/o ASB
Voigtei 38; 38820 Halberstadt
Tel.: 03941/62 18 00 Funk: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Halle

c/o Blickpunkt Opfer Sachsen-Anhalt e.V.
Reilstr. 78; 06114 Halle
Tel.: 0345/5 48 38 51 Funk: 0170/2 94 84 13
opferhilfesued@yahoo.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 18 Uhr

8. Mai/Blankenburg

(Landkreis Wernigerode)

Unmittelbar vor dem Gymnasium
Am Thie wird ein alternativer
Jugendlicher von zwei 24- und 29-
jährigen Rechten bedroht. Dabei
verletzt der 29-jährige Angreifer
den Betroffenen durch einen
Faustschlag ins Gesicht. Wenige
Wochen zuvor hatte der 29-Jährige
einen Punk in Blankenburg mit
einer Schreckschusspistole
bedroht. Anfang Juli verurteilt das
Amtsgericht Wernigerode den
Angreifer zu 18 Monaten auf
Bewährung.

13. Mai/Wernstedt

(Altmarkkreis Salzwedel) Ein 18-
jähriger Neonazi aus Kalbe schießt
mit einer Softairpistole abends am
Sportplatz Wernstedt auf einen 19-
jährigen Punk. Dieser hatte sich
schützend zwischen eine
angreifende Gruppe von Rechten
und zwei nicht-rechte Mädchen
gestellt. Der Schütze wird später in
Gewahrsam genommen und die
Waffe sicher gestellt.

Vor Gericht:

Beispielhafte Zivilcourage und verharmlosende Justiz

11. Mai 2006, 13.45 Uhr, Amtsgericht Halberstadt: Ein Dutzend BesucherInnen und einige JournalistInnen im Strafkammersaal erheben sich. Gespannte Erwartung liegt in der Luft. Richter Holger Selig beginnt mit der Verkündung des Urteils gegen drei rechte Schläger. Fast genau ein Jahr zuvor hatten die drei Angeklagten am so genannten Herrentag gemeinsam mit etwa einem halben Dutzend weiteren augenscheinlich Rechten einen Liberianer und einen Bundespolizisten, bei dem der Betroffenen Schutz suchte, u.a. mit Flaschenschlägen und Tritten verletzt. Im Anschluss griffen sie einen Journalisten und seinen Bekannten an, die die Täter nicht tatenlos davonkommen lassen wollten, und verletzten danach noch eine Polizeibeamtin.

Ein Aufatmen im Publikum: Zumindest kommen die drei Angeklagten trotz schwieriger, umfangreicher Beweisaufnahme nicht ungestraft davon. Der 27-jährige Guido L. wird wegen gefährlicher Körperverletzung in drei Fällen in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu zwei Jahren auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Der 25-jährige Michel S. erhält eine dreijährige Haftstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Der 30-jährige Marco H. wird wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu zwei Jahren auf drei Jahre Bewährung verurteilt.

Gericht sieht keine rassistischen Motive

Doch als Richter Selig mit seiner mündlichen Urteilsbegründung fortfährt, werden die Zuschauer unruhig: Das Gericht habe mit der großen öffentlichen Anteilnahme eigentlich nicht gerechnet, so Selig, da das Geschehen, an dem äußerlich als „Glatzen“ und „Neonazis“ erkennbare „Jugendliche“ beteiligt waren, nicht mit den Verfahren um das Stürmen von „Asylantenheimen“ Anfang der 1990er Jahre verglichen werden könne. Zudem sei

nach der Hauptverhandlung die Ursache des Angriffs nicht eindeutig festzumachen. So habe ein als vom Richter als glaubwürdig eingeschätzter Taxifahrer ausgesagt, dass der betroffene Liberianer auch provoziert haben soll. Kurz: Die Geschehnisse seien „Folgen einer normalen Herrentagstour“, rassistische Motive bei den Angreifern seien nicht festzustellen. Außerdem habe Alkohol eine Rolle gespielt.

Aus den Zeugenaussagen während der über mehr als dreizehn Wochen geführten Hauptverhandlung ergab sich allerdings ein anderes Bild: Am Nachmittag des 5. Mai 2005 hatte eine Gruppe von etwa acht bis zehn Rechten, die zuvor in einer Gaststätte mit dem Sänger der Neonaziband „Skinheads Sachsen-Anhalt“ (SSA), Peter Karich, an einer so genannten Herrentagsfeier teilgenommen hatte, am Bahnhof Halberstadt den 36-jährigen James B. aus Liberia rassistisch beschimpft, ihm eine Flasche auf den Kopf geschlagen und ihn dann gejagt. Der Asylsuchende flüchtete zuerst zu einem Dönerimbiss. Der Verkäufer verwehrte dem Liberianer aber aus Angst vor den herannahenden Rechten Hilfe. Daraufhin versuchte der Flüchtende vergeblich, sich in ein am Bahnhof wartendes Taxi in Sicherheit zu bringen. Doch der Taxifahrer weigerte sich, den verängstigten Mann einsteigen zu lassen. Auch ein halbes Dutzend PassantInnen und weitere TaxifahrerInnen, die die Hetzjagd der Rechten auf den Betroffenen beobachtet hatten, intervenierten nicht.

Eine „normale Herrentagstour“?

Hilfe fand der Liberianer schließlich bei Denis Bohnstedt, einem Beamten der Bundespolizei, der uniformiert auf dem Weg zur Arbeit war. Als er den Flüchtling in sein Auto in Sicherheit bringen wollte, griff die Gruppe der Rechten noch einmal an. Die Angreifer zerschlugen erneut eine Flasche auf den Kopf des Liberianers. Anschließend traten und schlugen sie auf ihr am Boden liegendes Opfer ein. Trotz mehrfacher Aufforderungen des Beamten, die Polizei zu verständigen, reagierten

auch jetzt TaxifahrInnen und PassantInnen nicht. Auch der 32-jährige Denis Bohnstedt wurde mit Faustschlägen, Fußtritten und Flaschen derart attackiert, dass er zu Boden ging. Dann wurde er von den Angreifern am ganzen Körper getreten. Beide Betroffenen erlitten u.a. schwere Kopfverletzungen.

Vier couragierte Männer, die erst zu diesem Zeitpunkt auf den Angriff aufmerksam wurden, verhinderten dann, dass die Rechten sich seelenruhig vom Tatort entfernen konnten. Der Journalist Gerald Eggert lief den Angreifern hinterher und machte dabei zur Beweissicherung Aufnahmen mit seinem Fotoapparat. Als die Rechten dies bemerkten, kamen sie zurück und griffen den damals 53-Jährigen an, nachdem einer der Rechten versucht hatte, ihm seine Kamera zu entreißen. Seine drei Freunde eilten zu Hilfe und kurz darauf traf die Polizei vor Ort ein, die drei der Angreifer – die späteren Angeklagten – festnehmen konnte. Der Betroffene erlitt eine Kopfverletzung und Hämatome. Warum die Staatsanwaltschaft Halberstadt den Angriff auf Gerald Eggert nicht angeklagt hat, ist ungeklärt.

Einschlägig bekannte Täter

Bei einem der Verurteilten, dem zur Tatzeit 24-jährigen Michel S., handelt es sich um einen bekennenden, gewaltbereiten Neonazi. Er ist u.a. bereits wegen einem rechten Propagandadelikt und sechs Körperverletzungen vorbestraft, aber die Strafen wurden immer wieder zur Bewährung ausgesetzt. Trotz einer laufenden Bewährung zum Zeitpunkt des Angriffs am Herrentag blieb Michel S. bis zur Hauptverhandlung auf freiem Fuß. Vor Gericht hielt der Angeklagte die Tätowierung des neonazistischen Codes „14 words“ auf seiner linken Halsseite verdeckt. Die so genannten 14 Worte beziehen sich als neonazistisches Bekenntnis zu einer vermeintlichen „weißen Vorherrschaft“ auf die Parole eines inhaftierten US-amerikanischen Neonaziterroristen: „Wir müssen das Überleben unseres Volkes und auch eine Zukunft für weiße Kinder sichern.“

Auch die beiden anderen zur Tatzeit 27- und 29-jährigen Schläger fielen dadurch auf, dass sie bis zur Urteilsverkündung auf lang-ärmelige Hemden und Pullover achteten. Nicht ohne Grund: Laut Aussagen von Bekannten von Guido L. hat auch er sich sein politisches Bekenntnis mit dem Schriftzug „SS“ in Runenschrift auf den Unterarm tätowiert. Doch im Prozess gab sich der im März 2005 bei der Jahreshauptversammlung der Ortsfeuerwehr Aschersleben zum Oberfeuerwehrmann beförderte Guido L. unpolitisch. Gemeinsam mit Marco H. gab er während des Prozesses eine halbherzige Entschuldigung zu den angeklagten Tatvorwürfen ab. Andererseits betonten aber beide, sie könnten sich gar nicht an die Geschehnisse erinnern.

Bereits kurz nach der Urteilsverkündung wurde das Verfahren wegen unterlassener Hilfeleistung gegen den Taxifahrer, der den verfolgten Liberianer abgewiesen hatte, das nach einer Anzeige von Denis Bohnstedt eingeleitet wurde, von der Staatsanwaltschaft Halberstadt eingestellt. Zur Begründung hieß es u.a., die Taxifahrer seien in der Situation überfordert gewesen.

Forderung nach Zivilcourage als „Botschafter der Toleranz“

Das zivilcouragierte, aber überhaupt nicht alltägliche Eingreifen von Denis Bohnstedt und Gerald Eggert wurde mittlerweile vielfach gewürdigt. So zeichnete beispielsweise Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble beide Männer als „Botschafter der Toleranz“ bei einem öffentlichen Festakt des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ in Berlin aus. Darüber hinaus wurde die Zivilcourage der beiden auch bei einem Empfang beim Halberstädter Landrat, Henning Rühle, und beim Landtagspräsidenten Sachsen-Anhalts, Dieter Steinecke, gewürdigt. Beide Männer haben öffentlich immer wieder deutlich gemacht, dass die Ermutigung von mehr Menschen zur Zivilcourage für sie nunmehr selbst gewählter Auftrag und Herzensanliegen ist. ■

14. Mai/Halle

Mehrere alternative Jugendliche werden gegen 3 Uhr nachts von einem unbekanntem Mann mehrmals als „Scheiß Zecken“ beleidigt. Einem 28-jährigen Punk schlägt der Mann mit mehreren Faustschlägen ins Gesicht, so dass er bewusstlos zu Boden geht, und tritt mehrmals auf sein Opfer ein. Dem Angreifer gelingt es in ein wartendes Taxi einzusteigen und wegzufahren. Es wird Anzeige erstattet. Das Opfer muss mehrere Tage stationär behandelt werden.

17. Mai/Eisleben

Eine afrodeutsche Schülerin wird gegen 19.30 Uhr am Bahnhof von mehreren Jugendlichen rassistisch beschimpft und schließlich von drei Personen verfolgt. Im Bahnhofsgelände schlagen sie die 18-Jährige mehrfach ins Gesicht. Die Angreifer sind dem Äußeren nach der rechten Szene zuzuordnen.

25. Mai/Osterwieck

(Landkreis Halberstadt) Eine Gruppe von Rechten greift abends gezielt ein Kultur- und Wohnprojekt von Punks an. Dann dringen sie in eine benachbarte Biker-Party ein und schlagen einen der Anwesenden zusammen. Augenzeugen alarmieren die Polizei und die Punks, die daraufhin zu ihrem Wohnprojekt zurückkehren. Einer der Punks wird dabei von einem polizeibekanntem Rechten ins Gesicht geschlagen.

25. Mai/Oschersleben

Eine Gruppe von zehn alternativen Jugendlichen wird gegen 22.30 Uhr von mehreren augenscheinlichen Neonazis gejagt. Fünf der Jugendlichen rennen Hilfesuchend zu einem nahe gelegenen Polizeirevier. Dort angekommen, versuchen sie vergeblich Einlass zu erhalten. Nachfolgende Neonazis gehen sofort auf zwei der Jugendlichen los. Einer der Jugendlichen erhält zwei Faustschläge gegen das Ohr, schlägt dann mit seinem Kopf gegen die Hauswand und geht zu Boden. Dem anderen versetzt ein Rechter einen Faustschlag aufs Auge. Ein dritter Rechter zieht den Betroffenen an seinen Haaren zu Boden, schlägt ihm ins Gesicht und tritt dann auf den am Boden Liegenden ein. Anschließend flüchten die Angreifer.

27. Mai/Weißenfels

Gegen 22.45 Uhr greifen am Bahnhof mehrere Rechte unvermittelt vier alternative Jugendliche an. Ein 18-Jähriger wird so von hinten am Rucksack gezogen, dass er rückwärts eine Treppe hinunterstürzt und sich an einer dabei zu Bruch gehenden Bierflasche Schnittverletzungen zuzieht. Ein Punk wird von den Rechten geschlagen und dann auf die Gleise geschubst, so dass er einen Fingerbruch davonträgt. Schließlich können die alternativen Jugendlichen flüchten.

Strategie der Verharmlosung

Interview mit Tilo Giesbers von der Netzwerkstelle Quedlinburg

Hat es in der letzten Zeit eine Zuspitzung rechter Aktivitäten und Gewalt in Quedlinburg gegeben?

In den letzten Jahren gab es immer wieder Gewalttaten, bei denen es teilweise auch zu schweren Verletzungen kam. Seit dem Jahreswechsel aber reißt die Kette der Angriffe in Quedlinburg nicht mehr ab. Die ersten Angriffe ereigneten sich gleich in der Silvesternacht. Bislang haben wir mehr als 20 Gewalttaten mit rechtem Hintergrund gezählt. Dabei handelt es sich zum größten Teil um gezielte Angriffe auf bestimmte Personen. Hinzugekommen sind in den letzten Wochen beinahe tägliche Bedrohungen und Beschimpfungen gegen diesen Personenkreis.

Wer gehört zu den Hauptopfergruppen?

Die Hauptopfergruppe sind nicht-rechte Jugendliche und Punks, aber es gab auch Angriffe auf Obdachlose und in den vergangenen Jahren auf MigrantInnen.

Die Opferberatung beobachtet seit langem einen sehr problematischen Umgang von örtlicher Polizei und Justiz mit rechter Gewalt. Wie wirkt sich das auf der Straße aus?

Die Wirkung ist fatal! Wenn Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nur unzureichend ihrer Pflicht zur Strafverfolgung nachkommen, wirkt das auf Neonazis wie ein Freibrief. Wenn die Rechten keinen Widerstand, keine Reaktionen oder Sanktionen auf ihre Aktionen feststellen, dann ermutigt sie das regelrecht in ihrem Vorgehen.

Gibt es dafür ein konkretes Beispiel?

Vor einiger Zeit ist eine Gruppe von Rechten mit Baseballschlägern vor dem alternativen Kulturzentrum Reichenstraße aus einem Auto ausgestiegen. Hier ist auch die Netzwerkstelle beheimatet. Ich habe daraufhin beim Notruf der Polizei angerufen. Was ist passiert? Der Polizeibeamte am Notruf hat einfach aufgelegt. Erst der Dienst habende Chef des Reviers hat meine Angaben in einem direkten Anruf bei ihm aufgenommen.

Wie hat sich die rechte Szene in Quedlinburg in den letzten Jahren verändert?

Die Rechten in Quedlinburg profitieren ganz offensichtlich von dem selbstbewussten Auftreten der rechten Szene in den Nachbarlandkreisen Halberstadt und Wernigerode. Zwar mangelt es der rechten Szene in Quedlinburg noch an Führungsfiguren, doch färbt das Vorgehen der Halberstädter und Wernigeröder Neonazis auf sie ab und sie lernen davon. Neben dem Wegschauen der Bevölkerung und dem Verhalten der Strafverfolgungsbehörden ist das ein weiterer Grund dafür, dass die Neonazis hier momentan so aktiv sind.

Gibt es organisierte Strukturen?

Ja, in Quedlinburg gibt es eine Kameradschaft. Die Quedlinburger Kameradschaftsaktivisten sind auch auf Aufmärschen außerhalb zu sehen – Rechte aus Quedlinburg haben beispielsweise im Februar in Schönebeck an einem Neonaziaufmarsch teilgenommen. Wie in vielen anderen Orten und Gegenden Sachsen-Anhalts wächst auch hier eine neue Generation an jüngeren Neonazis heran. Zwar gibt es auch noch ein paar Ältere, die schon vor zehn Jahren unter dem Neonazi-Kader Steffen Hupka dabei waren, aber es sind viele Neue dazugekommen, die nun in einer Situation heranwachsen, wo sie keinerlei Sanktionen erfahren.

Was wünscht sich die Netzwerkstelle, wenn es um den kommunalen Umgang mit Rechtsextremismus geht?

Wir wünschen uns, dass das Problem beim Namen genannt wird. Es muss einen ehrlichen Umgang mit den Themen Rechtsextremismus und rechte Gewalt geben. In einer Stadt wie Quedlinburg, die maßgeblich vom Tourismus lebt, wird aus Imagegründen oft eine Strategie der Verharmlosung verfolgt. So waren die Übergriffe seit Jahresbeginn nie Stadtgespräch. Erst als die „Berliner Zeitung“ über die rechte Gewalt in der Stadt berichtete, hat sich das geändert. Im Vordergrund stand dabei aber die Berichterstattung selbst, die angeblich das Image der Stadt schädigen würde – so als würden nicht die Übergriffe, sondern die Meldungen darüber das Image der Stadt schädigen.

Vielen Dank für dieses Gespräch. ■

Für eine Bleiberechtsregelung

Interview mit Grit Gurol, Vorsitzende des Flüchtlingsrats Sachsen-Anhalt

Frau Gurol, was macht der Flüchtlingsrat?

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt thematisiert soziale und rechtliche Probleme von Flüchtlingen. Wir organisieren Kampagnen, Aktionen sowie Veranstaltungen zu asylpolitischen Themen und veröffentlichen Stellungnahmen und Presseerklärungen. So haben wir uns beispielsweise in der Debatte um ein Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge im Vorfeld der Innenministerkonferenz im Mai in Garmisch-Partenkirchen im Rahmen der Aktion „Menschenkette“ mit einem Brief an den Innenminister Sachsen-Anhalts gewandt. Ein Entscheidung wurde jetzt auf den September vertagt. Wir hoffen, dass dann eine Regelung im Sinne der Betroffenen zu Stande kommt. Eine solche Regelung ist überfällig; die Versprechung des Zuwanderungsgesetzes, dass dadurch Kettenduldung abgeschafft würden, ist nicht eingetreten. Bundesweit haben ungefähr 230.000 Menschen ohne deutschen Pass als Aufenthaltspapier lediglich eine „Duldung“. Viele von ihnen leben bereits seit Jahren hier. Zum Beispiel Angehörige von Minderheiten aus dem Kosovo, die teilweise seit über einem Jahrzehnt hier sind.

Sie fordern seit langem die Schließung des Ausreisezentrums in Halberstadt. Wie ist hier der Stand?

Bis heute hat keine Petition, kein Appell, kein Protest etwas bewirkt. Ausreisezentrum Halberstadt – die Bezeichnung klingt ganz harmlos, aber die Realität ist erschreckend. Anfang 2002 war das Ausreisezentrum als Modellprojekt in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Sachsen-Anhalt eingerichtet worden. Inzwischen ist unter der Hand aus dem Modellprojekt eine Dauereinrichtung geworden.

Welchem Zweck dient das Ausreiszentrum?

Hier werden Flüchtlinge untergebracht, die sich aus Angst oder anderen Gründen weigern, ihren richtigen Namen zu nennen und bei der Beschaffung von Ersatz-Reisepapieren mitzuwirken. Deshalb wird seitens der Behörden großer Druck auf sie ausgeübt, doch endlich freiwillig das Land zu verlassen. Durch Einschränkung sozialer Leistun-

gen, Druck und Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben will man sie zwingen, zu gehen. Der Druck zermürbt diese Menschen, sie werden krank, leiden unter Depressionen oder sie wählen den Weg in die Illegalität. Das Lager hat eine Kapazität von 250 Plätzen. Die offizielle Auslastungsquote liegt bei acht bis zwölf Prozent. Ich kann diese Zahlen nicht bestätigen. Ich denke aber, es sind weit weniger. Viele ziehen es vor, in die Illegalität zu gehen und ohne gültige Papiere und ohne Sozialleistungen zu überleben – 40 Prozent davon dauerhaft.

Immer wieder werden ins Ausreisezentrum verlegte Flüchtlinge Opfer rechter Gewalttaten, wie beispielsweise am Himmelfahrtstag 2005 in Halberstadt. Anders als bei anderen von rechten Angriffen Betroffenen werden die Opfer danach nicht aus Halberstadt wegverteilt. Was fordert der Flüchtlingsrat an dieser Stelle?

Wir unterstützen die Forderung nach Umverteilung – das ist gar keine Frage. Man kann den Betroffenen nicht zumuten, am Ort des Angriffs weiter bleiben zu müssen. Die Möglichkeit eines Wegzugs fordern wir darüber hinaus aber für alle Flüchtlinge. Die Unterbringung im Ausreisezentrum widerspricht generell elementaren Grundsätzen der Menschlichkeit und sie steht konträr zu dem, was die Landesregierung propagiert: Ein fremdenfreundliches, weltoffenes Sachsen-Anhalt. Das passt einfach nicht zusammen.

Was sieht der Flüchtlingsrat derzeit als drängendstes Problem?

Die Durchsetzung einer Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge, die seit langem in Deutschland leben. Ihre Lebenssituation ist von Unsicherheit und Rechtlosigkeit geprägt, da eine Duldung nicht als Aufenthaltstitel, sondern nur als „Aussetzung der Abschiebung“ gilt. Diese Situation muss unbedingt geändert werden.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

4. Juni/Magdeburg

Während des Stadtfestes wird ein Mann aus Togo gegen 22 Uhr angepöbelt, u.a. von zwei jungen Männern als „Neger“ beschimpft. Dann schlägt einer der jungen Männer den Betroffenen mit der Faust direkt ins Gesicht und verletzt ihn am Auge. Der Togoese kann weitere Schläge nur mit Mühe abwehren; umstehende Passanten greifen nicht ein. Der Betroffene versucht zu fliehen und wird erneut von den beiden Männern angegriffen. Die Polizei nimmt später sowohl den Betroffenen als auch die Angreifer fest und behauptet, der Betroffene habe die Angreifer als „Scheiß-Nazis“ beschimpft. Gegen ihn und gegen die Angreifer wird wegen Verdachts auf gefährliche Körperverletzung ermittelt.

15. Juni/Magdeburg

Ein 44-jähriger Angolaner wird auf offener Straße von einem 20-Jährigen angegriffen und u.a. als „Neger“ beschimpft. Passanten verständigen die Polizei, die den bereits polizeibekanntem Angreifer vorläufig festnimmt und ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Körperverletzung einleitet.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

18. Juni/Mücheln

(Landkreis Merseburg-Querfurt)
Drei junge Rechte greifen einen 26-jährigen Serben in einer Regionalbahn bei Mücheln an. Der 26-Jährige wird geschlagen und getreten und muss mit Prellungen und Schürfwunden behandelt werden. Einen Tag später werden zwei Tatverdächtige im Alter von 17 und 20 Jahren festgenommen, die zur rechten Szene in Merseburg gehören. Ihnen wird gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

4. Juli/Magdeburg

Kurz nach der Niederlage Deutschlands gegen Italien bei der Fußballweltmeisterschaft werfen mehrere Personen die Blumenkästen der spanischen Gaststätte La Bodega um. Bei der anschließenden Auseinandersetzung wird der Inhaber des Lokals von drei Personen im Alter von 19, 20 und 26 Jahren leicht verletzt.

4. Juli/Stendal

Nach dem Halbfinalspiel Deutschland-Italien hält die Polizei eine Gruppe von 40 Personen, die sich auf dem Marktplatz versammelt haben, davon ab, zu einer italienischen Eisdiele zu ziehen und dort Schaden anzurichten. Der Inhaber des Lokals erhielt zuvor anonyme Drohanrufe.

Vor Ort:

Rechte Gewalt und Bücherverbrennungen

Die alltägliche Integration von Neonazis im Landkreis Schönebeck

Der Landkreis Schönebeck mitsamt der Kreisstadt Schönebeck sowie den kleinen, dörflichen Kommunen wie Pretzien, Plötzky, Gommern und Pömmelte gehört seit über zehn Jahren zu den Schwerpunktionen neonazistischer Aktivitäten in Sachsen-Anhalt. Auffallend ist hier der hohe Grad an Integration von Aktivisten neonazistischer Kameradschaften in die kommunalen Strukturen und deren Akzeptanz durch KommunalpolitikerInnen sowie Regionalzeitungen.

Die Kameradschaft Schönebeck und ihre Nachahmer

Über Jahre wurde in der Region die extreme Rechte verharmlost und deren Opfer ausgegrenzt. Allen voran in der ehemaligen Industriestadt Schönebeck: So hatte beispielsweise der Schönebecker Lokalteil der „Volksstimme“ während der Hartz-IV-Proteste im Sommer 2004 in einem Kommentar unverschämten Partei für die Teilnahme von AktivistInnen der Kameradschaft Schönebeck bei Demonstrationen des DGB ergriffen. Gegen Proteste einer Minderheit im DGB wurde den Neonazis schließlich erlaubt, mitzulaufen. Ähnliche Szenen hatten sich in Schönebeck schon während der Anti-Irak-Krieg-Demonstrationen im Frühjahr 2003 abgespielt. Die „Volksstimme“ druckte kommentarlos einen Bericht und ein Foto von einer vermeintlichen „Anti-Kriegs“-Kundgebung der Kameradschaft Schönebeck ab – inklusive des gerichtsbekanntesten Neonazis Christoph Hosse, der wenige Wochen zuvor im Februar 2003 gemeinsam mit einem Dutzend anderer Neonazis vier alternative Jugendliche unmittelbar vor dem Polizeirevier Schönebeck brutal angegriffen hatte.

Kaum erstaunlich, dass es auch auf den Dörfern ringsum nicht besser aussieht. Deutlich wurde die Ausstrahlung der Kameradschaft Schönebeck und ihrer Aktivitäten auch bei der Misshandlung eines 12-jährigen afrodeutschen Schülers in Pömmelte bei Schöne-

beck durch fünf rechte Jugendliche. Im Prozess wurde offensichtlich, dass im Jungentreff des Dorfes über Monate neonazistische Musik gespielt und offen für rechte Aufmärsche und Angriffstouren geworben wurde. Zudem hatten zwei der Angeklagten offenbar versucht, nach dem Vorbild der Kameradschaft Schönebeck eine Gruppe namens „Nationaler Widerstand Barby“ zu gründen. Diejenigen Jugendlichen, die dabei nicht (mehr) mitmachen wollten, wurden drangsaliert – auch das war ein offenes Geheimnis im Dorf. Weil niemand einschritt, gingen der damals 19-jährige Haupttäter und seine drei engsten Freunde offenbar davon aus, auch für die Misshandlungen des afrodeutschen Jungen nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Kameradschaft Schönebeck löste sich im übrigen aus Angst vor Repressionen im Januar 2006 auf: Seitdem existieren in Schönebeck ein neu gegründeter Stützpunkt der Jungen Nationaldemokraten (JN) und so genannte Freie Nationalisten, die schon im Februar durch einen Aufmarsch mit rund 300 TeilnehmerInnen auffielen.

Integration und Toleranz

Tatsächlich ist die Toleranzschwelle gegenüber extrem rechten Aktivitäten in der Region besonders hoch. Das zeigen nicht zuletzt die Ereignisse in Pretzien. Der „Heimat Bund Ostelbien“ hatte mit Handzetteln zur Sonnenwendfeier am 24. Juni beim Dorfgemeinschaftshaus geladen. Hier betreten sechs junge Männer mit Fackeln die Szenerie und verlasen eine Ansprache über germanische Bräuche und Rituale. Dann warfen sie eine US-amerikanische Flagge und ein Exemplar der Tagebücher von Anne Frank ins Feuer. Keiner der rund 90 BesucherInnen schritt unmittelbar ein. Auch der anwesende Bürgermeister Friedrich Harwig (Ex-PDS) unternahm nichts, um die neonazistische Inszenierung zu unterbinden.

Auf einer Bürgerversammlung wollten Gemeinderat und Bürgermeister – selbst Mit-

glied im Heimat Bund – zehn Tage später öffentlich über die Vorfälle diskutieren. Eine Mehrheit der anwesenden rund 200 EinwohnerInnen Pretziens verurteilte zwar die Bücherverbrennung; wesentlich lautstärker beklagten sich die meisten jedoch darüber, sie und ihr Dorf würden in der überregionalen Presse ungerechtfertigt an den Pranger gestellt. Auch die für die Bücherverbrennung verantwortlichen Rechten waren zur Versammlung geladen. Unter Ausschluss der ortsfremden Öffentlichkeit verlasen sie eine Erklärung, in der sie sich zwar beim Bürgermeister und den EinwohnerInnen Pretziens entschuldigten, die Tat jedoch mit keinem Wort erwähnten. Für diese Erklärung erhielten sie von Pretziener BürgerInnen auch noch Beifall. Kritische und nachdenkliche Stimmen blieben in der Minderheit.

Jahrelange Verharmlosung und Ignoranz

Inzwischen ist deutlich geworden, wie umfassend im Fall Pretzien die systematische Verharmlosung und Ignoranz durch Sicherheitsbehörden und politisch Verantwortliche war: Denn schon von Mitte bis Ende der 1990er Jahre hatte die Naziskinheadkameradschaft „Ostelbien-Pretzien“ mit regelmäßigen Neonaziveranstaltungen für Aufsehen gesorgt. Dann begann Bürgermeister Harwig mit dem Versuch, die „Jugendlichen“ durch Integration in die Dorfgemeinschaft „zur Ruhe“ zu bringen. Die Wortführer der Kameradschaft gründeten prompt den „Heimat Bund Ostelbien“ und ließen ihn auch ins Vereinsregister eintragen. Vorsitzender wurde ein Ex-NPD-Mitglied. Das Dorf übergab dem Heimat Bund die Pflege der Dorfchronik und des -archivs, die „Jungs“ organisierten Dorfeste und niemand schien genauer hinsehen zu wollen – weder als die „Jungs“ beim Elbe-Hochwasser im Jahr 2002 mit T-Shirts „Wehrmacht Pretzien“ zum Dienst am Deich erschienen; noch dass der Heimat Bund bis zum Jahr 2000 in den Berichten des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt unter der Ru-

brik „Rechtsextremisten“ aufgeführt wurde. Dann verschwand der Heimat Bund scheinbar spurlos aus dem Blickfeld der Sicherheitsbehörden: Über die Gründe wird seit der Enthüllung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, dass ein halbes Dutzend Verfassungsschutzbeamte in Pretzien wohnen, heftig spekuliert. Geholfen hat sicherlich auch, dass der ebenfalls in Pretzien wohnende und bis zum Frühjahr 2006 amtierende CDU-Innenminister Klaus Jeziorsky noch im Jahr 2005 mit den kahlgeschorenen Heimat Bund-Aktivisten fürs Gruppenfoto im Internet posierte und den Bürgermeister bei seinem „Integrationskurs“ unterstützte. Bürgermeister Harwig sagte, man habe integrierend mit rechten Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten wollen. Er selbst sei dabei offenbar gezielt hintergangen worden, da einige Mitglieder im Rahmen des Vereins ihre neonazistischen Aktivitäten fortgesetzt hätten.

Verantwortliche in Erklärungsnöten

Auch bei der zuständigen Polizeidirektion Magdeburg war man offensichtlich wenig an den Entwicklungen im Umland interessiert. Einen Monat vor der Bücherverbrennung in Pretzien hatten Zeltplatzbetreiber im nahegelegenen Dorf Plötzky verzweifelt beim polizeilichen Notruf angerufen. Eine Gruppe von zwei Dutzend offensichtlichen Rechten – einige mit T-Shirts „Wehrmacht Pretzien“ – hätte über Stunden die BesucherInnen eines Sommerfestes am so genannten Herrentag auf dem Zeltplatz drangsaliert, „Heil Hitler“ und „Juden Raus“ gerufen und den Hitlergruß gezeigt. Es habe sich um einen „Herrentageinsatz“ unter vielen gehandelt, erklärte das Polizeipräsidium Magdeburg dazu.

Inzwischen untersucht das Innenministerium sowohl den Polizeieinsatz in Plötzky als auch die Rolle der Verfassungsschützer während der Buchverbrennung in Pretzien. Und die Staatsanwaltschaft Magdeburg ermittelt gegen sechs Tatverdächtige wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Derweil musste das Polizeipräsidium Magdeburg einräumen, man habe die Bücherverbrennung zunächst als „Ruhestörung“ zu den Akten gelegt. Einer der zunächst ermittelnden Beamten im Fall Pretzien habe das Tagebuch der Anne Frank nicht gekannt und seinem Kollegen sei die Bedeutung des Buches nicht bekannt gewesen. ■

4. Juli/Quedlinburg

Rund 25 Männer und Frauen im Alter von 16 bis 33 Jahren werfen nach dem Halbfinalspiel auf dem Marktplatz die Stühle und Tische eines italienischen Eiscafé um, skandieren Parolen und schmeißen mit Flaschen. Die Polizei treibt die Gruppe mit Schlagstöcken zurück und muss das Lokal sichern, in dem sich der Inhaber und mehrere Gäste befinden. Ein Polizeibeamter wird leicht verletzt. Gegen die Angreifer wird wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs ermittelt.

8. Juli/Bergwitz

(Landkreis Wittenberg) Gegen 23.45 Uhr greifen fünf Neonazis aus einer größeren Gruppe heraus einen 22-Jährigen auf dem Bahnhof in Bergwitz an. Der Jugendliche wird ins Gesicht geschlagen. Nachdem er zu Boden geht, treten die Täter weiter auf ihn ein. Der Betroffene erleidet Gesichtsverletzungen, die ambulant behandelt werden müssen. Später suchen die Rechten das Opfer gezielt in einem Jugendclub. Anschließend marschiert die Neonazigruppe Parolen skandierend durch Bergwitz. Gegen 14 Tatverdächtige im Alter von 18 bis 24 Jahren, die zum Teil schon einschlägig polizeibekannt sind, wird seitdem wegen gefährlicher Körperverletzung, der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt.

Jubiläums-Tagung

Unter dem Motto „Wahrnehmung rechter Gewalt – eine Bilanz aus fünf Jahren“ veranstaltet die Mobile Opferberatung aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Projekts am **21. September** eine Fachtagung in Magdeburg u.a. mit Innenminister Holger Hövelmann (SPD), Professor Roland Roth (Fachhochschule Magdeburg-Stendal) und Professor Roland Eckert (Universität Trier). Die Tagung setzt sich u.a. mit den Fragen nach Veränderungen im Umgang mit rechter Gewalt und staatlichen sowie kommunalen Reaktionen darauf sowie mit den Auswirkungen rechter Gewalt für die Hauptbetroffengruppen und die jeweiligen Kommunen auseinander. Darüber hinaus soll bei der Fachtagung über zukünftige Schwerpunkte und Handlungsmöglichkeiten diskutiert werden.

Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen und weitere Informationen unter:
opferberatung.md@miteinander-ev.de

Noch Plätze frei: Jugendsommerlager Schloss Lichtenburg

Noch sind einige Plätze für das vom **7. bis 21. August** geplante und von Miteinander e.V. und AK Schloss und Gedenkstätte Lichtenburg e.V. organisierte internationale Jugendsommerlager auf Schloss Lichtenburg frei. Eingeladen sind alle, die sich mit den Ursachen, Folgen und der Wirkungsgeschichte des Nationalsozialismus auseinander setzen wollen. Das Schloss Lichtenburg in Prettin bei Lutherstadt Wittenberg gehörte zwischen 1933 und 1939 zu den ersten Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Zunächst waren hier Männer inhaftiert; nach deren Verlegung in das neu erbaute Konzentrationslager Buchenwald wurde die Lichtenburg zwischen 1937 und 1939 für weibliche Häftlinge genutzt, bis sie in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verlegt wurden. 1965 entstand eine Mahn- und Gedenkstätte in dem Schloss. Heute beherbergt das Schloss ein Kreismuseum und eine Ausstellung zur Lichtenburg während der NS-Zeit.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung – insbesondere mit dem persönlichen Schicksalen einzelner Häftlinge –, sollen während des Jugendsommerlagers Pflege- und Erhaltungsarbeiten in der Lichtenburg durchgeführt werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Erhaltung von Inschriften in dem dortigen Bunker und der Erstellung von Informationstafeln über die Geschichte einzelner Plätze in der Stadt. Zusätzlich ist ein Wochenendausflug in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück mit einem Zeitzeuginnengespräch geplant.

Erwartet werden internationale TeilnehmerInnen aus Deutschland und Europa, wobei acht TeilnehmerInnen aus dem Raum Sachsen-Anhalt eingeplant sind. Campsprachen sind Deutsch und Englisch. Der Eigenbeitrag beträgt 100 Euro.

Weiter Informationen zum Projekt:
www.lichtenburg.org

Anmeldung bitte unter:
info@lichtenburg.org

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.md@miteinander-ev.de
Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit des Mobilien Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung
(bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Projektleitung und Koordination

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

opferberatung.md@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert von:

